

Erwerbs
an allen Werktagen.
Bezugspreis
in der Gelehrtenstelle 250.—
in den Ausgabestellen 260.—
durch Zeitungshändler 300.—
am Postamt 275.—
im Ausland 20 deutsche Mark.
Gesetzreicher: 4248, 2278,
8110, 8249

Poststelle für Deutschland: Nr. 6184 in Posen.

Bei höherer Gewalt. Betriebsförderung. Arbeitsbeschaffung über Ausübung bei der Bezieher. Letzen Union auf Nachleistung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Zugangsrecht
für Grundsatzsätze
Angekündigt innerhalb
Polens 40.—R
Niederschlesien 120.—R
Für Aufträge aus
Deutschland 3,50 R
im Ausland 10.—R
in deutscher Mark.

Telegrammaddress:
Tageblatt Posen.

Czecowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 211283 in Bonn.

Die politische Lage.

Über die neuesten Strömungen im Sejm schreibt der *Glos Poranny*:

In den Sejmkorridoren machen sich die Anzeichen einer merkwürdigen Stimmung bemerkbar, die man als Vorboten einer kommenden Krisis ansehen kann. Es ist im Augenblick schwer, diese Erscheinungen näher zu bestimmen, man kann jedoch aus vielen Andeutungen der Unzufriedenheit heraus hören, daß sich eine Kabinettskrise vorbereitet. In Abgeordnetenkreisen hört man immer öfter Stimmen der Klage über den Minister Michalski laut werden, und es ist bekannt, daß die Allgemeinheit Herrn Ponikowski als den Leiter des Ministeriums des Herrn Michalski ansieht. Darum würde ein eventueller Rücktritt des Herrn Michalski eine Krisis im ganzen Kabinett hervorrufen.

Die vorgeiste Sitzung des Finanz- und Haushaltsausschusses über die überreiche Frage machte einen überaus schlechten Eindruck, und die geirigen Beratungen dieses Ausschusses, wo über eine neue Einflößung von Banknoten gefordert wurden wie in charakteristischen Angaben lebhafte Zusammenstöße auf. Die Volkspartei und die Sozialisten widerstehen sich starr bei der neuen Emision und sogar Herr Michalski verlor seine Geistesgegenwart, mit der er bisher der Gute des Sejms imponiert hat. Ein eben so schlechter Eindruck rief der Umtand hervor, daß in die geistige Sitzung des Sejmusschusses, welcher gebildet wurde um die Krise in Handel und Industrie zu prüfen, das Finanzministerium keinen Delegierten ansetzte, so daß der Sonderausschuss gewungen war, seine Aussprache zu unterbrechen.

Und in der Zwischenzeit verschärfte sich die Krise immer mehr. Der Arbeitsminister wies nach, daß während die Zahl der Arbeitslosen Ende Juni 1921 70 000 betrug, sie Ende Januar dieses Jahres 189 000 umfaßte. Der Minister forderte einen Kredit von 100 Millionen Mark für die Unterstützung der Arbeitslosen; eine Entscheidung in dieser Angelegenheit wurde jedoch nicht getroffen. Sie soll im Wirtschaftsausschuss des Ministerrates besprochen werden. Der Minister Straßburger sieht das ständige Steigen der Arbeitslosenziffer nicht als das Ergebnis der Krise in Industrie und Handel, sondern als Folge der Entlassungen vom Militär und der Rückwanderung der Flüchtlinge ins Reich an.

Die Krise in der Textilindustrie ist ein wenig behoben; in staatlichen Anlagen ist man zur vollen Arbeitswoche zurückgekehrt. Weiter sprach Herr Straßburger die Ansicht aus, daß zur Bekämpfung der Krise die Ausfuhr nach dem Osten notwendig sei. Aber hierin trifft das Ministerium für Industrie und Handel bei den Verwaltungsbüroden auf Schwierigkeiten (politische Propaganda) und auf Schwierigkeiten seitens der Sowjetbehörden, die den gesamten Handel in Moskau konzentrieren, bei der Überschreitung der Grenze Schwierigkeiten machen und vor allem kein Geld besitzen. Ein glänzender Beweis hierfür sind die in Godz geführten Verhandlungen, welche wegen des vollkommenen Mangels an Zahlungsmitteln bei den Delegierten Sowjetrusslands und der Sowjetukraine nicht die erwünschten Folgen haben.

Die Auflösung der Kohlensteuer wurde bis März vertagt. Der Kampf der Regierung mit der Teuerung ist ergebnislos. Die großen Mengen billiger Butter aus Dänemark, welche von der Regierung eingeführt wird, verkaufen die Händler zu den hohen Preisen der einheimischen Butter.

Die Prüfungen in den Arbeitsvermittlungsbüroden weisen eine Erhöhung der Arbeitssuchenden nach; im Januar wurden 24 700 Arbeitsuchende notiert, zugleich aber fiel die Zahl der angebotenen Stellen von 21 000 auf 7800, und diese Stellen können wegen Mangels an qualifizierten Arbeitern nicht besetzt werden. Der Kriegsminister hat erklärt, daß das Kriegsministerium in Kürze eine Automobilfabrik, eine Gewehrfabrik und eine Munitionsfabrik in Betrieb setzen werde; auch sollen die Arbeiten, welche gegenwärtig in eigener Verwaltung ausgeführt werden, Privatunternehmen zugeführt werden.

Das Ministerium für öffentliche Arbeiten mußte wegen des Drucks seitens des Finanzministeriums die erzielten Kredite von 75 Millionen auf 20 Millionen herabsetzen. Die Kredite, welche das Ministerium den Städten zu den notwendigsten Bauten bewilligt hat, werden gestrichen, ebenfalls die Kredite zum Bau des Kanals Gdowski-Sledzin.

Der Delegierte des Eisenbahnministeriums war für die Aussprache nicht vorbereitet, und das Finanzministerium hat, wie oben erwähnt wurde, überhaupt keinen Delegierten geschickt. Infolgedessen wurden die Beratungen auf Sonnabend früh vertagt.

Die Beziehungen zwischen Polen und Danzig

Danzig, 9. Februar. Der Senator Jezewowski hat auf der Pressekonferenz über die polnisch-Danziger Beziehungen folgende Erklärung abgegeben: „In nächster Zeit müßt unter anderen Angelegenheiten die Frage der gegenseitigen Anerkennung der Transport- und Versicherungsgesellschaften und die Streitfrage ob Danziger Bürger, die durch den polnischen Korridor ins Ausland fahren, ein polnisches Vum brauchen, erledigt werden. Danzig erwartet, daß Polen auf diesses Prinzip verziehen wird. Ferner erwartet man in Danzig, daß die Halbinsel Hel den Danziger gebührt und in der Forderung Danzigs, die Polsgrenze weiter nach Westen zu schaffen, ein Einverständnis besteht. Erwartet wird auch die Aneignung des polnischen Amtes für Auslandshandel und die Übernahme seiner Funktionen durch das Amt für Auslandshandel in Danzig. Die wichtigste Angelegenheit für Danzig ist offensichtlich die Re-Regelung der Rechtsfrage über die Durchführung der Gerichtsurteile. Bekannt ist, daß hierin das Haupthindernis die polnischen Baulickeuren sind, worin man sich keinen Rat wird schaffen können. Auch wird man über die gängig hergehende doppelte Beurteilung ein Einvernehmen erzielen müssen. Innerlichkeiten Zeitmäßige fragende Seeschiffahrt der Flughafenbahnen des Reichs ist neu erörtert werden. Schließlich ist es notwendig ein umfassendes Programm für die Lieferung von polnischen Produkten jeder Art an Danzig auszurichten. Um sich ein Bild über die wirklichen Gütekriterien Polens zu machen, wird man in der nächsten Zeit Rundreisen durch die Industriegebiete Polens mit Ausnahme Oberschlesiens vornehmen müssen, an denen die interessierten Delegierten des Senats und Sachverständige teilnehmen hätten. Diese müssen feststellen, ob Polen imstande sein wird den hoch entwickelten Standard der Danziger zu befreidigen nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ. Erforderlich ist auch andererseits daß die einzelnen interessierten Gruppen in Danzig noch vor den sich nähernden polnisch-Danziger Verhandlungen über Fragen des Zolls dem Danziger Senat ihre Wünsche vortragen.“

Das Ende des Ausstandes.

Einigung zwischen Regierung und Eisenbahnhern.

Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den ausständigen Eisenbahnhern haben zu folgender Einigungsformel geführt:

Die Reichsgewerkschaft gibt die Versicherung ab, daß sie noch heute, Dienstag, abends den Streik der Reichsgewerkschaft als beendet erklären wird, nachdem der Herr Reichskanzler seinerseits im Namen der Reichsregierung ausgeführt hat, daß bei sofortigem Abbruch des Streikes die Disziplinierung nach den vom Gesamtamt aufzustellenden Richtlinien erfolgen wird. Die Reichsregierung wird bei sofortigem Abbruch des Streikes von der Anwendung und Durchführung der Disziplinarmaßnahmen von Massendisziplinarverfahren und Massenstrafen absieben. Den in Frage stehenden Beamten wird ihr Beschwerderecht selbstverständlich vollständig gewahrt werden.“

Die Reichsregierung gab Befehl, daß sofort alle Eisenbahn direktoren und Organisationen, die in Betracht kommen, mit bevorzugter Belehrung telegraphisch oder telefonisch zu verständigen seien. Die Frage des Beschwerderechtes geht die nach dem Beamtenrecht gegebenen Instanzen an. Von der Schaffung eines Schlichtungsausschusses, der hauptsächlich von der Reichsgewerkschaft u. a. geordnet wird, war bei den Verhandlungen keine Rede. Die strittigen Fragen der Überzeugungszuschüsse, der Grundgehalter und des Arbeitszeitgesetzes werden, wie schon früher betont, von der Regierung im Benehmen mit den Organisationen nochmals durchgeführt, bevor sie an den Reichstag gelangen.

Teit Donnerstag normaler Betrieb.

Am Donnerstag nachmittag haben die Eisenbahner geschlossen die Arbeit wieder aufgenommen. Es gilt natürlich zuerst eine große Menge von Schwierigkeiten zu überwinden, da durch die längere Untätigkeit und durch Schnee und Frost die Bahnanlagen in unbrauchbarem Zustand und viele Bahnhöfe durch liebengelassene Tage verunreinigt waren und weil endlich das Personal erst nach und nach sich wieder einfand.

Die Abstimmung der Berliner städtischen Arbeiter.

Berlin, 9. Februar. (Tel.-U.) Nach Mitteilung des Magistrats ergab die Abstimmung bis nach 2 Uhr bei 85 v. H. abgegebener Stimmen ein Ergebnis von knapp 66 v. H. für Weiterführung des Streikes. Die 15 v. H. austretende Stimmen können das Resultat noch entscheidend beeinflussen. Der Magistrat setzt die Neuwahlversammlungen von arbeitswilligen Arbeitern fort und beharrt auf seinem Standpunkt, daß diese Arbeitswilligen unter keinen Umständen nach Beendigung des Streikes ihre Plätze an die Streikenden wieder abtreten müssen. Er hat diesen Standpunkt auch gegenüber den Anwälten in der sozialistischen Presse nicht geändert.

Ende des Streiks der städtischen Arbeiter.

Die Entspannung der Lage ist vollendet, da soeben der Streik der städtischen Arbeiter Berlins zu Ende gegangen ist. In den Urabstimmungen, die in den städtischen Betrieben vorgenommen wurden, kam allerdings eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen für die Fortsetzung des Streikes. Es stellte sich aber heraus, daß bei nahe die Hälfte der abstimmberechtigten Arbeiter ferngeblieben waren. Zugleich konnten die städtischen Betriebe durch die Technische Not hilfe heutzutage in näherem Ausmaß in Gang gesetzt werden, und das Freiwerden zahlreicher Kräfte der Technischen Not hilfe durch das Ende des Eisenbahnstreiks verbracht noch größer Erfolge für morgen. Infolgedessen befreien sich die Oberleute der städtischen Betriebe und entzünden nachmittags Vertreter zum Berliner Oberbürgermeister Boeh, die die Aufnahme der Arbeit gegen das Verprechen der Straßenleitung anboten.

Der Oberbürgermeister war den Abordnungen der Streikenden gegenüber stets bei seinem Entschluß geblieben, nicht nachzugeben, und Reichsminister Röhr hatte erklärt, daß bei Fortsetzung des Streikes die städtischen Betriebe von der Reichsregierung als Reichsbedarfsbetriebe übernommen würden. Darauf haben die Streikenden den Abbruch des Streikes und die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Damit ist auch der Streik der städtischen Arbeiter, der die Berliner Bevölkerung schwer betroffen hat, zu Ende gebracht.

Die politischen Wirkungen des Streikes.

Soort mit der Beilegung des Streikes beginnen sich aber seine weltlichen und politischen Wirkungen zu äußern. Von den Parteien wird die Abstimmung der Krise teils als Sieg teils als Niederlage der Regierung des Reichskanzlers Wirth dargestellt.

Von der rechten Seite erklärt man das Verhandeln der Regierung mit den Streikern als klägliche Niederlage, besonders da während der Beratungen in der Reichskanzlei die Streikführer Menne und Schärfkowitz, die eigentlich auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten verhaftet worden sollten, zugegangen waren. Wenn morgens nachmittags der Reichstag zusammentritt, um eine Erklärung der Reichsregierung über die innenpolitische Lage einzugehen, wird es die höchsten Kämpfe geben.

Nicht nur die Deutschnationale Reichstagsfraktion hat bereits durch eine Abordnung eine schriftliche Erklärung der Regierung überreicht, die ihr Verhalten als verhängnisvolle

Schwäche bezeichnet und unbegüte Festigkeit gegen die Eisenbahner verlangt. Auch die Deutsche Volkspartei hat eine Fraktionsitzung abgehalten, in der sie nach einem ihr nahestehenden Blatt das Verhalten der Reichsregierung verurteilt und in ihren Verhandlungen mit den Eisenbahnhern einen schweren Bruch des Disziplinarrechtes der Regierung über ihre Beamten erblickt. Sprecher der Deutschen Volkspartei in der morgigen Debatte wird der frühere Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz sein.

Die Zentrumspartei bereitet einen Gesetzesantrag vor, durch den ausdrücklich festgestellt wird, daß den Beamten ein Streikrecht nicht zusteht. Es scheint aber, daß die Regierung gerade gegen die äußerste Rechte noch schwere Waffen in Bereitschaft hält.

Man erfährt, daß der Streikbesluß der Reichsgewerkschaft von einer Mehrheit gefaßt war, die neben Kommunisten sich aus Anhängern bürgerlicher rechtssradikaler Parteien zusammensetzen, während sozialdemokratische und unabhängige Mitglieder des Vorstandes der Reichsgewerkschaft in der Minderheit abließen waren.

Die *Vossische Zeitung* spricht die Vermutung aus, daß es diesen Putschisten von rechts darum zu tun war, die neue republikanische Ordnung mit ihrem Kabinett einer verjährlichen Außenpolitik zu stürzen. Wie sehr in den letzten Auswirkungen der deutsche Eisenbahnstreik außenpolitische Bedeutung hat, zeigt auf der Gegenseite wiederum das Verhalten der Kommunisten. Das kommunistische Organ, *Die Rote Fahne*, töbt nicht wie die Rechtpresse wegen der Niederlage, sondern wegen des Sieges der Regierung. Sie gibt die Schuld an dem Verlust des Streikes dem *Verrat* der Gewerkschaften und der wankelmütigen Haltung der Unabhängigen, die die Außenpolitik Wirths unterstützen. Tatsache ist es, daß die unabhängige Presse den Reichskanzler Wirth wegen seines geirigen Eingreifens in die Verhandlungen mit der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner lobt, und *Die Rote Fahne* erklärt, daß bei dem kommenden Kampf um die Abwälzung der Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag das deutsche Proletariat sich vor den Unabhängigen hüten müßte.

Die Berliner Presse zum Ende des Eisenbahnstreiks

Die gesamte Berliner Presse gibt der Überzeugung Ausdruck, daß durch die bei den Verhandlungen zwischen Regierung und Reichsgewerkschaft gefundene Formel der Eisenbahnstreik endgültig beendet ist.

Die *Freiheit* schreibt: Der Reichskanzler scheint also den Weg gefunden zu haben, der zum Frieden führt. Es ist außerordentlich erfreulich, daß es ihm gelungen ist, im Reichskabinett einer verjährlichen Außenpolitik zu stürzen. Wie sehr in den letzten Auswirkungen der deutsche Eisenbahnstreik außenpolitische Bedeutung hat, zeigt auf der Gegenseite wiederum das Verhalten der Kommunisten. Das kommunistische Organ, *Die Rote Fahne*, töbt nicht wie die Rechtpresse wegen der Niederlage, sondern wegen des Sieges der Regierung. Sie gibt die Schuld an dem Verlust des Streikes dem *Verrat* der Gewerkschaften und der wankelmütigen Haltung der Unabhängigen, die die Außenpolitik Wirths unterstützen. Tatsache ist es, daß die unabhängige Presse den Reichskanzler Wirth wegen seines geirigen Eingreifens in die Verhandlungen mit der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner lobt, und *Die Rote Fahne* erklärt, daß bei dem kommenden Kampf um die Abwälzung der Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag das deutsche Proletariat sich vor den Unabhängigen hüten müßte.

Die *Berliner Tagesschau* wendet sich dem Kapitel Bestrafung des Streikführers zu und der Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten, für die die U. S. S. R. und anscheinend leider auch die S. S. D. Stimmung mache. Selbstverständlich ist, daß die Regierung demgegenüber fest bleibt und das Gesetz zur Anwendung bringt. Es wäre eine Untergrabung der Rechtsordnung und jedes Rechtsbewußtseins, wollte man die Urheber dieses freien Streikes, die in so unerhörter Weise das Verbrechen des ganzen Landes lahm gelegt haben, straffrei ausgehen lassen.

Der *Tat* behandelt besonders das Arbeitszeitgesetz und polemisirt gegen den Achtstundentag, eine der letzten Errungenschaften der Revolution, und meint, daß diese Verständigung ein Fahren im alten Gleise ist.

Der *Vorwärts* urteilt: Mit der Beendigung des ungünstigen Streikes fällt auch automatisch die Verordnung des Reichspräsidenten. Nur einzelne Disziplinarverfahren gehen ihren Gang weiter. Es ist damit zu rechnen, daß auch in diesen Fällen, die im Interesse der Staatsautorität nicht als ohne weiteres erledigt betrachtet werden können, ohne persönliche Verfolgungssucht verfahren werden wird. Sofern man das Ergebnis zusammenfaßt, so kann man feststellen, daß dieser ungewöhnliche Streik zwar gewaltige Schaden angerichtet hat, doch aber durch ihn nichts erreicht worden ist, was ohne ihn nicht mindestens ebenso gut hätte erreicht werden können. Es werden noch Tage vergehen, bevor alles wieder in Ordnung kommt, und in wirtschaftlicher Beziehung werden sich noch manche Nachwesen einstellen.

Die *Rote Fahne* gibt offen zu, daß der Streik ein politischer Kampf war und führt aus: Der Kampf ist nur verloren. Die Führer, die jetzt an der Spitze der deutschen Gewerkschaften stehen, haben während des Eisenbahnstreiks schändlichen Verfall begangen. Sie haben den Kampf des gesamten Proletariats, der gegen die neue Politik der Koalition regiert, gegen die Politik von Cannes und gegen die Politik des Siegerkompromisses gerichtet war, hintertrieben.

Aus Oberschlesien.

Der Optimismus Calonders.

Der Generalberichterstatter des *Tempo* meldet, daß Calonder von seiner Reise nach Oberschlesien eine optimistische Aufsicht nach Hause gebracht und festgestellt habe, daß bei Deutschen und Polen ein Gefühl der Verständigung herrsche. Dennoch bleiben einige heikle Probleme zu lösen.

Die Liquidierung der deutschen Güter in dem an Polen fallenden Gebiet bereitet Schwierigkeiten. Die Botschafterkonferenz habe besprochen, daß die deutschen Güter in Polen innerhalb fünf Jahren nicht liquidiert werden dürfen. Nun fordern deutsche Industrielle von Polen, daß diese Frist verlängert werde, damit die deutschen Unternehmungen auf ausgedehnte Zeit sicher

Beginn des polnisch-russischen Handelsverkehrs.

Grenzöffnung am 6. Februar.

Warschau, 9. Februar. (Tel.-Uhr.) Die polnische Regierung hat über den Außenhandel Polens mit Russland und der Ukraine eine Verlängerung erlassen, wonach die russisch-polnische Grenze in ihrer gesamten Ausdehnung vom 6. Februar an für den Handelsverkehr geöffnet werden ist. In allen Grenzorten, wo sich entweder Zollbehörden, Vertreter der Finanzverwaltung oder auch Gendarmerieposten befinden, werden Declarationsstellen für Warentransporte eingerichtet. Die Regierung ist bemüht, den Handel mit Russland nach Möglichkeit zu erleichtern, hat bereits Konferenzen mit den Vertretern der örtlichen Behörden abgehalten und nimmt auch Vorschläge interessierter Handelskreise darüber entgegen, in welchen Grenzorten derartige Declarationsstellen mit Rücksicht auf die Erfordernisse des praktischen Handelsverkehrs zu eröffnen wären. Auf Grund von Umfragen sind vorläufig Toli und Kalachowka als Grenzübergangsstellen ausgewählt worden, da sich über diese Ortschaften auch bisher der hauptsächlichste Verkehr vollzogen hat. Allerdings handelt es sich dabei um Schnüffel, während jetzt der Handel legalisiert werden wird.

Genua und sein Ende.

Die Konferenz einer Revision des Versailler Vertrages.

London, 9. Februar. Ein gewisser englischer Politiker erklärte in einer Unterredung mit dem Mitarbeiter des "Daily Telegraph": Einstweilen wird dieser Ausdruck vermieden. Die Konferenz in Genua wird jedoch tatsächlich eine Revision des Versailler Traktats sein. Ob nur eine theoretische, wird die nächste Zukunft zeigen.

Einer Revision des Versailler Vertrages scheint noch folgender Passus aus der Thronrede des Königs von England das Wort zu reden: „Die große Arbeitslosigkeit verursacht unter dem englischen Volk große Beunruhigung und bildet den Gegenstand ernster Sorge. Das einzige Heilmittel gegenüber dieser drohenden Lage besteht nur in der Verbesserung der internationalen Neutralität und in der Verbesserung der Bedingungen für den Handel in der ganzen Welt. Aus diesem Grunde sind die Vorbereitungen für das Zustandekommen einer internationalen Konferenz in Genua zu begrüßen, und hoffentlich wird es auch dieser Konferenz möglich sein, in Europa den Frieden auf der Grundlage der Gerechtigkeit zu erreichen.“ — Man beachte, daß ausdrücklich von einem gezeigten Frieden gesprochen wird.

Der Gedanke der diplomatischen Vorkonferenz.

Paris, 9. Februar. Wenn auch die Note Poinears, die in London übergeben wurde, eine Anregung, vor der großen Konferenz in Genua eine diplomatische Konferenz abzuhalten, nicht enthält, so nimmt man doch an, daß England in seiner Antwort eine solche Vorkonferenz befürworten wird. Es soll sich hierbei nicht um eine englisch-französische Konferenz handeln, sondern vielmehr um eine solche, bei der diplomatische Vertreter sämtlicher Verbündeten anwesend sein werden. Es steht fest, daß eine Abfertigung der französischen Note an die englische Regierung auch nach Rom gegangen ist.

Hardings Antwortnote.

Paris, 9. Februar. "New York Herald" berichtet, daß die Antwort Hardings auf die Einladung Amerikas zu der Konferenz in Genua am Donnerstag abends nach Rom abgefertigt worden sei. Am Freitag abend soll sie in Washington veröffentlicht werden. An der Note erklärt Harding, daß, wenn er auch gegenwärtig die Einladung zur Konferenz in Genua nicht annehmen könne, er jedoch vollkommen die Ziele der Konferenz billige. Die Note enthält die Zusage, daß Amerika am wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt teilnehmen wird.

Der neue Papst.

Papst Pius XI. und Deutschland.

Rom, 8. Februar. Zu einem deutlich Kardinal äußerte gestern der Papst, das ihm zugezeichnete Interview mit dem Redakteur der "Nazione" sei avorrvh. Er habe keinerlei unrechtschaffene Gesetze gegen Deutschland. Bei dem Empfang der deutschen Kardinalen bediente der Papst sich der deutschen Sprache, die er gern spricht. Er versicherte die Kardinalen seiner freundlichen Gewöhnung für Deutschland und erinnerte daran, daß er seinerzeit Seeljorger der deutschen katholischen Gemeinde in Mailand gewesen sei.

Nach einer Meldung des Pariser "Matin" ist der neue Papst mit 88 Stimmen gewählt worden, nachdem die Kandidatur Raffis am Widerstand der französischen und polnischen Kardinalen gescheitert sei. Der Kardinalerzbischof von Paris, Dubois, habe bereits vor dem Konklave in dem Salon des französischen Seminars in Rom für die Kandidatur Rattis Stimmung gemacht und sie gefestigt vorbereitet. Der französische Botschafter beim Vatikan erklärte dem römischen Vertreter des Pariser

"Excelsior", daß er nunmehr seinen Posten verlassen werde, da Frankreich jetzt den Papst habe, den es sich wünschen könnte.

Dagegen wird dem "Berliner Tageblatt" aus Rom gemeldet: Die bereits gemeldete Bestätigung Gasparri als Staatssekretär wird in vaticanischen Kreisen als das Beitreten Pius XI. gesehen, das den Papstwechsel zu beruhigen. Bekanntlich war Gasparri nicht nur die rechte Hand, sondern vielfach geradezu der inspirator der Außenpolitik Benedikt XV. Symptomatisch ist auch, daß der Papst gestern früh nach der dritten und letzten Abstimmung durch das heilige Kollegium die deutschen Kardinäle heranrief, sich mit ihnen ganz besonders herzlich deutsch unterhielt und über Deutschland sehr freundliche Erwähnungen tat. Aufsehen erregt in Rom, daß die deutschen Kardinäle überall die größte Freude über die Wahl Rattis äußern. Sie machen auch keinen Hehl daraus, daß sie geschlossen für Ratti stimmen, den sie als den rechten Mann am rechten Platz bezeichneten. Am erfreulichsten ist, daß besonders Kardinal Bertram, der Ratti Wirklichkeit in Polen an seiner eigenen Person erfahren hat, am entschiedenen für Ratti Wahl einzrat. Schon vor Eintritt in das Konklave gab Bertram die feste Absicht kund, für Ratti zu stimmen.

Der amtliche deutsche Glückwunsch an Pius XI.

Berlin 9. Februar. (Teil-Uhr.) Der deutsche Botschafter beim Vatikan von Bergen ist beauftragt, Papst Pius XI. amtlich seiner Wahl die Glückwünsche des Reichspräsidenten und der Reichsregierung auszusprechen.

Ponikowskis Glückwunsch für den Papst.

Warschau, 9. Februar. Ministerpräsident Ponikowski sandte an Kardinal Gaspari folgendes Telegramm:

An Sei Eminenz, den Kardinalstaatssekretär. Rom. Ich erlaube Eure Eminenz, Seiner Heiligkeit die Ausdrücke tiefer Freude zu unterbreiten, die die polnischen Herzen bei der Nachricht empfanden, daß für die höchste Stellung eines Hauptes der Kirche bestimmt, der ein so wohlwollender Freund Polens war, gewählt worden ist. Ich erlaube Eure Eminenz, gleichfalls dem hl. Vater meine Glückwünsche und Ausdrücke der tiefsten Ehrfurcht unterbreiten zu wollen.

Bon l'ouest. Ministerpräsident.

Kardinal Gaspari — päpstlicher Staatssekretär.

Rom, 8. Februar. Nach dem "Corriere d'Italia" hat der Papst den Kardinal Gaspari als Staatssekretär bestätigt. Die Krönung des Papstes soll am 12. d. M. stattfinden.

Die Sowjetukraine.

Über das, was man sich unter "Sowjetukraine" vorstellen hat, herrschen zum Teil sehr unklare Vorstellungen. Volnische Blätter bringen jetzt auf Grund eines Berichtes der Brescheitigung der sowjet-ukrainischen Vertretung in Polen folgende Angaben:

Die Sowjetukraine umfaßt eine Fläche von 408 000 Quadratmeilen (1 Meile = 107 Kilometer) und besteht aus 12 Provinzen (Gouvernements). Sie hat eine Gesamtbevölkerung von 25 861 000 Seelen, — und zwar 21 047 000 Menschen auf dem Lande 4 710 000 in Städten. Die Landbevölkerung bildet also 81 v. H. der Gesamtbevölkerung, die städtische Bevölkerung 19 v. H. Die meiste Bevölkerung Stadt der Sowjetukraine ist Odessa mit 495 000 Einwohnern, es folgen Kiew mit 366 000, Charlow mit 271 000, Jekaterinoslaw mit 164 000 und Nikolaev mit 109 000 Einwohnern. Was die Nationalität der Bevölkerung betrifft, so bilden die Ukrainer 75 v. H. der gesamten Bevölkerung, die Russen 11 v. H., die Juden 7 v. H., die Deutschen 2 v. H., die Polen 1 v. H. und andere Nationalitäten 3 v. H. In den Städten bilden die Russen die Mehrheit der Bevölkerung, nämlich 34 v. H., es folgen die Ukrainer mit 32 v. H., die Juden mit 26 v. H., die Deutschen mit 2 v. H. Auf dem Lande bilden die Ukrainer die Mehrheit 83 v. H., während auf die Russen nur 7 v. H. entfallen.

Das Ende des Freiheitskampfes der Kareliter.

Miga, 8. Februar. Wie hier bekannt wird, hat der Oberkommandierende der roten Truppen einen Bericht nach Moskau erstattet, aus dem hervorgeht, daß der karelische Aufstand vor einem Ende steht. Diese Nachricht wird von zahlreichen karelischen Flüchtlingen bestätigt. Die rote Armee in Karelien zählt gegenwärtig 30 000 Mann. Auch in Südkarelien ist der Widerstand der Aufständischen bereits vollständig gebrochen. In Finnland ist für die vielen karelischen Flüchtlinge eine umfassende Hilfsorganisation geschaffen worden, an der sich auch das amerikanische Rote Kreuz beteiligt.

Einigung in der Orientfrage.

Paris, 9. Februar. "Intransigeant" teilt mit, daß in der Orientfrage eine Verständigung zwischen England und Frankreich erfolgt sei. Bisher wurden folgende Hauptpunkte geregelt: 1. Die Vertretung des Christen in Kleinasien; 2. Smyrna erhält Autonomie und wird der Türkei zugesetzt; 3. die Grenzen von Thrakien werden derichtet; 4. Repressionsmittel gegen Griechen.

Als March schwieg, fuhr er fort: "Nun — wann beginnen wir denn zu bauen?"

"Wer?"

"Berta, Sie und — ich natürlich! Wer denn sonst?"

"Davon weiß ich nichts."

Valentin lachte, rückte näher heran und sagte vertraulich: "Ach, gehen Sie, Herr Baumeister, das wäre ja noch schöner, wenn Sie vor mir Geheimnisse hätten!"

"Ich habe keine Geheimnisse . . ."

Der Geschäftsleiter sah ihn plötzlich fest an und murmelte: "Wirklich nicht, Herr March? Können Sie mir darauf Ihr Wort geben?"

"Zum Ruckzuck was geben Sie meine Geheimnisse an? Kümmere ich mich um die Ihren? So vertraut sind wir doch nicht . . ."

"Nicht? Aber es könnte doch immerhin sein, daß ich etwas von Ihren Geheimnissen erraten hätte!"

"Dann hüten Sie sich, daß ich nicht auch die Ihren errate und . . . Ihnen weiter nachspreche."

Dann hielt sich March über die Stirn, erhob sich und griff nach seinem Hut.

"Wohin wollen Sie?" fragte Valentin wie erwachend.

"Fort. Sie begreifen, daß es mir kein Vergnügen sein kann . . ."

"Ah bah — Sie werden mir doch nicht im Ernst übelnehmen, wenn ich mich um die Angelegenheiten meiner Schwester kümmere, wie es mein Recht und meine Pflicht ist? Frauen sind in Geschäftssachen unbedacht, und ich muß daher wissen, was sie im Sinn hat."

"Machen Sie dies mit Ihrer Schwester persönlich ab," sagte March. "Ich bin kein Zwischenläger und habe Ihre verdeckten Abschöpfereien satt. Derlei Dinge entsprechen nicht meinen Begriffen von Ehre und Anstand."

"Sehen Sie sich nur nicht so aus hohe Ross, Herr March! Glauben Sie, ich hätte Ihr Erbleichen vorhin nicht bemerkt, als von — Geheimnissen die Rede war?"

Deutschland und die Türkei (in Betracht kommt hier eine eventuelle Blockade der Küste von Klein-Sinn); 5. Anerkennung des französisch-türkischen Vertrages, der mit Kemal-Pascha abgeschlossen wurde, mit geringfügigen Änderungen.

Politische Tagesneuigkeiten.

Am 16. Februar Auflösung der ungarischen Nationalversammlung. Die Regierung hat sich gemeinschaftlich mit der Regierungspartei der vereinten Bürger und Landwirte geeinigt, die Nationalversammlung am 16. Februar aufzulösen und die Neuwahlen in der ersten Julihälfte durchzuführen.

Neue Unruhen in Island. Aus Island kommen Nachrichten über neue Unruhen. Die Männer der armenen eine Reihe von Gewalttaten und wollen sie nicht aus der Haft entlassen. Die Regierung sandte große militärische Verbündungen an die Grenze von Ulster.

Deutsches Reich.

Rechtsradikale Unruhen. In Berlin wurden gestern mehrere organisierte Versuche rechtsextremer Agitation beobachtet, die durch den Streit verursachte Erregung zu einer Pogromsummung auszunutzen.

Eisenbahnhungräub auf dem Bahnhof Düren. Dienstag nachmittag 142 Uhr fuhr der von Neustadt kommende Personenzug 28 auf dem Bahnhof Düren aus bisher noch nicht angeklärter Ursache über das Gleisengang in das Empfangsgebäude. Anfolge des Anstoßes schoben sich zwei Wagen ineinander. Hierbei wurden vier Personen tödlich getötet und 23 leicht verletzt.

Verbot von karnevalistischen Veranstaltungen. In Berlin. Karnevalistische Veranstaltungen sind im Polizeibezirk Berlin auf Grund einer mit Zustimmung des Magistrats ergangenen Verordnung des Polizeipräsidenten verboten worden.

Über die Zahlung der Danina im Handel und in der Industrie.

(Schluß.)

Die offensichtliche Tendenz, den nationalen Handel und die nationale Industrie weitgehend zu schützen, ergibt sich aus der Höhe des Kontingents, welches den Zahler dieser produktiven Kreise zuerkannt worden ist und, wie bekannt, 15 Prozent von der Summe der Abgabe in jedem Vermessungsbezirk, folglich ungemein viel mehr als für die Zahler aller anderen Kategorien beträgt. Die gerechte Verteilung dieses Kontingents ist dadurch gesichert, daß die Entscheidung in dieser Hinsicht nicht den Behörden, sondern den durch Selbstverwaltungsrepräsentationen gewählten Bürgerausschüssen obliegt.

Wie aus obigen Erklärungen hervorgeht, hat sich der Gesetzgeber bemüht, die Last der auf den Handel und die Industrie entfallenden Abgabe so weit wie möglich herabzuheben und auf die gerechteste Weise zu verteilen. Der Vorwurf, daß das Danina-Gesetz, weil es in Eile geschaffen wurde, jetzt Mängel aufweise und in der Praxis schlecht angewandt wird, muß energisch zurückgewiesen werden. Vielmehr muß die nicht genug zu würdigende, lange dauernde und überaus eifrig Arbeit des Seims, besonders seines Finanz- und Haushaltsausschusses und der Regierungsstellen lobend erwähnt werden. Theoretisch entspricht die Besteuerung in der der Danina auferlegten Form nicht den Forderungen der Gerechtigkeit; das würde bei Einkommen- und Vermögenssteuern der Fall sein. Steuern dieser Art gibt es seit dem Jahre 1920 in ganz Polen, und ihre Bedeutung für das Budget des Staates ist allgemein bekannt. Wenn die Steuereinkünfte eine Erhöhung erfahren mühten und wenn nicht hohe und gerechte indirekte Steuern erhoben werden sollten, so könnten in solchem Falle nur direkte Einkommensteuern in Betracht kommen, auf die sich die Danina im allgemeinen stützt.

Alles in allem muß also festgestellt werden, daß nicht etwa eine schlechte Fassung des Daninagegesetzes verursacht hat, daß in den Steuerbüchern den Unternehmungen, welche erst für das Jahr 1921 Steuern zahlen, die Abgabe übermäßig hoch und oft sogar in geradezuphantastischer Höhe berechnet worden ist. Die Ursache des Übels ist wo anders zu suchen.

Die Gesetzgebung über die direkten Steuern, welche aus den preußischen Zeiten übernommen worden ist, hat bis zum Ende des verlorenen Jahres keine Änderung erfahren. Nach dieser Gesetzgebung mühten die beiden wichtigsten jener Steuern die Einkommensteuer und die Gewerbesteuer sein, welche im Jahre 1921 in der Zeit vom Oktober 1920 bis zum März 1921 bemessen worden sind. Aus bisher nicht ganz aufgeklärten Gründen ist zu Anfang des verlorenen Jahres ein Gesetzentwurf eingeführt worden, welcher die erwähnte Gesetzgebung änderte, und auf Grund dessen die Bemessung der Einkommen- und Gewerbesteuer im ganzen Teilstück eingestellt wurde. Die Folgen dieser rechtswidrigen Anordnung sind überaus verhängnisvoll und werden von der Bevölkerung zuerst bei der Bemessung der Danina verspürt.

Da mit der Bemessung der Gewerbesteuer (auch der Einkommensteuer) nach Ablehnung des erwähnten Entwurfs durch den Seim im Herbst des vorigen Jahres, also mit einer Verstärkung von fast einem ganzen Jahre, begonnen wurde, befanden sich die

March an wirkte nicht. Er wußte dem Geschäftsleiter nur einen halb drohenden, halb verfürbten Blick zu und verließ das Lokal.

Draußen dämmerte es bereits stark, und ein kühler Nieselwind schlug March ins erhöhte Gesicht, als er plötzlich die Straße entlang rannte.

Eine treibende Unruhe erschütte ihn. Schon seit gestern erfüllte sie ihn, als er, für einen Tag heimkehrend von seiner Frau erfahren hatte, es sei ein fremder Mensch dagewiesen, der sich "Lämmermeyer" nannte und ihn einer alten Schuld halber sprechen wollte.

Er kannte keinen Mann namens Lämmermeyer, und seine Schuld hatte er alle bezahlt, damals mit dem Gelde . . .

Er blieb stehen und fuhr sich mit dem Taschenmesser über die schweißbedeckte Stirn. Wüßte er denn immer daran? Sich Tag und Nacht in Sorgen quälend? Es wußte doch niemand darum! Könnte niemand wissen . . .

Oder doch? Was anders hätte denn spätestens in den Augen dieses Geschäftslers gestanden als die Drohung: Ich weiß es und kann Dich verderben wenn ich will!

„aber nein!“ Wissen konnte er nichts. Vielleicht ahnen, erraten, kombinieren — aber wissen nicht! Und da mußte man ihm jetzt eine glatte Stirn zeigen . . . Es war schon richtig gewesen, daß er sich nicht einschüchtern lasse lassen im ersten Schreck und Frau Kreibigs Geheimnis preisgab! Das hätte ja zu der einen Schuld noch eine weite legen, wenn er eine geheimgebrachte Vertrauen täuschte! Das wollte er nicht. Schlimm genug, daß er einmal gescheit . . .

Wieder blieb er stehen, fuhr sich über die Stirn und blickte verfürbt um sich. Es war inzwischen finstere geworden, und er wußte nicht, wie lange er da ziellos herumgelaufen war, in den Gassen erst, und dann zwischen Feldern und Wiesen.

Gotteshilfe folgt.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 10. Februar.

Über die Auslegung der Steuerbücher zur Danina.

Das Leitungsministerium teilt mit:

Der Termin der Auslegung der Steuerbücher zur Danina, die auf Grund der Grundstücks-, Gebäude-, Gewerbe-, Schanksteuern und der Steuer für Haushandel berechnet ist, läuft mit dem 11. Februar im ganzen ehemals preußischen Gebiet ab.

Die Zahler werden jedoch auch nach diesem Tage die Möglichkeit haben, sich darüber zu unterrichten, welcher Betrag auf sie entfällt, und das nicht nur in Steuerämtern, Kreisausschüssen und Magistraten, sondern auch in Kassen, welche ein gezeitiges Exemplar jedes Steuerbüches erhalten.

Eine Verlängerung des Termins der Auslegung der Steuerbücher kann nicht erfolgen, weil das im Widerspruch zum Gesetz stehen würde. Der in ihm vorgegebene Termin hat sich, wie man jetzt beurteilen kann, als überall ausreichend erwiesen. In einigen größeren Städten war der Anfang des Publikums bei den Abschöpfungsbehörden, besonders in den ersten Tagen der Auslegung, sehr groß, was man dem Umstand zuschreiben muß, daß die Steuerbücher, wie festgestellt wor-

den ist, von vielen Personen nur aus Neugier oder um sich über die Höhe der Abgabe anderer Zahler zu unterrichten, durchgesehen worden sind.

Unbegründet ist der Vorwurf, daß nicht alle Zahler in der Lage waren, die Steuerbücher so früh einzusehen, daß sie in dem vorgeordneten Zeitraum, d. h. bis zum 6. Februar, Gesuche um Befreiung oder Ermäßigung einreichen könnten. Das Gesetz geht von dem Grundsatz aus, daß jeder Zahler gleich nach der Bekanntgabe des Gesetzes imstande war, die Höhe seiner Abgabe selbst zu berechnen und dann ein Gesuch um Befreiung oder Ermäßigung einzureichen, ohne vorher in die Steuerbücher einzusehen. Was dann die Verurteilungen anstreift, so läuft der dafür festgelegte Termin erst am 25. Februar ab.

Die Gesuche um Befreiung einer Befreiung oder Ermäßigung der Abgabe für Zahler, welche vor der Auslegung der Steuerbücher über die Höhe der auf sie entfallenden Steuer, die als Grundlage zur Berechnung der Danina gilt, nicht im Bilde waren, werden berücksichtigt, wenn sie spätestens bis zum 25. Februar eingereicht werden.

Die Zahler von der auf Grund der Grundstückssteuer berechneten Abgabe sind nicht verpflichtet, Gesuche um eine teilweise oder vollständige Befreiung von der Abgabe einzureichen, weil in diesem Falle die Ermäßigungen bzw. Befreiungen auf Antrag der Gemeinderäte erfolgen.

Aussteuerung. Das Riegeamt prüft um das eine Befreiung erlassen, tritt deren vom 9. d. Mts. bis zum Monatsende die Musterung des Jahrganges 1901 erfolgt.

* Bromberg, 8. Februar. Unter der Spitzmarke "Tod eines aufrichtigen Deutschen" schreibt der "Dz. Bhdg." zum Ableben des Geheimen Justizrats Becker in Bromberg: "Der Verstorbene amtierte hier fast 30 Jahre und war ein musterhafter Richter. Er gehörte zu den deutschen Beamten alten Schlages, die in der Provinz Posen geboren, die politische Sprache nicht schlecht sprachen, frei von chauvinistischen Neigungen und Beleidigungen erwies er sich gegen das Publikum ohne Rücksicht auf die Nationalität stets gleich zugänglich, gerecht und wohlwollend. Ehre seinem Andenken!"

* Graudenz, 9. Februar. Wie wir seinerzeit berichteten wurde in Graudenz das Schvaar Kubiai in der Wohnung ermordet aufgefunden. Der Kriminalpolizei ist es jetzt gelungen, die Täter festzunehmen; sie sind beide Defektore der polnischen Armee. Sie leugnen beide kartätschig, doch war en bei dem einen der Männer drei Schlägel gefunden, die zu den Schranken und Kommoden der Familie Kubiai passen.

Geworbenenzeitung Dr. Wilhelm Soewentzai.
Verantwortlich: zur Solti Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Soewentzai.
Für Total, uns. Redaktionelle: Rudolf Herbrechtseiter;
Für den Anzeigenstellen: W. Grunbaum. Druck und Verlag der Boerner Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. Lautsch in Bönnan.

B. W. A.

15248

Sonntag, d. 12. Februar nachmittags 5 Uhr: Mitgliederversammlung in der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins d. weibl. Handels- u. Bureauangestellten in Großpolen.

Grundst. Berlin-Lichtenrade,
493 Häuser groß, direkt an der Hauptstraße gelegen, eingezäunt. Wasserleitung 180 Eichelsäume (14 jähr.), mehrere 100 Kernobstbäume. Tom reichlich in Fachwerk. Wert 150'000 Mark gegen eine komplett Landwirtschaft zu verkaufen. Dauer an

W. Kaczynski, Berlin-Tempelhof,
Kais.-Wilhelm-Straße 73.

2 Geschäftshäuser mit Kolonialwaren, Bier- u. Weinlub. u. Getreidepeicher, in Kreislt. Poens begeben. Gymnasium, Mädchen-Schule, Kirchen am Ort sowie Geschäftslage, Wohnung halb beziehbar, sofort veräußerb. Angebote unter F. N. 5241 an die Geschäftsstelle d. d. erd.

Stellenangebote
Pfarrhaus auf dem Lande einer Gelegenheit zur Erlernung des Haushaltes ohne gegenwärtige Vergütung. Anschrift: Pfarrhaus 5214 a. d. Geistl. Eine

Wegen Errichtung meines jetzigen Betriebs in einem für sofort oder 1. April unterbrechbarem energischen der selbstd. dieponieren kann. Mit Händen mit guten Zeugnissen Leben & Leid, Zeugnissabdr. u. Gefat Sanfr. ein enden. Rittergut Skalmierowice, poczta Wierchowice, pow. Jaworowice, 15242

Wirtschaftsbeamter,
deutsch-evangelisch aus guter Famille mit guten Referenzen, zum 1. April für ein größeres Gut gesucht. Angebote zu die Geschäftsstelle des "Hauptheins der deutschen Bauernvereine" in Lejno, Sienkiewicza 8. 15247

Wir suchen einen tüchtigen **Kupferschmied**,
der auch vollständig vertraut mit Schweiß- und Gießereiarbeiten ist. Gehalt nach Vereinbarung, freie Wohnung, Heizung u. Beleuchtung sowie etwas Garten u. Karioffeland. **Culownia - Zundersfabrik - Opalenica** - Towarzystwo Akcyjne. 1538

Dom. Muchocin, vom 1. Februar 1. 4. 22 einen tüchtig. Schmied mit eigenem handwerkzeug.

Flotte Stenotypistin
für Grenzspeditions geschäft nach Breslau bei gutem Gehalt und evtl. freier Station zum sofortigen Antritt gesucht. Wer zuerst melden bei Landesbeamten bezeichnen. G. off. F. 5. 5196 a. Geschäftsst. d. Bi.

Zum 1. April für Landschloss 15193
erfahrene Kochmame od. Köchin
gesucht, perfekt in f. Küche, Reichen von Divers. Baden und Einmachen. keine Hausarbeiten. Keine Außenwirtschaft. Küchenmädchen und eigenes Zimmer vorhanden. Meldungen mit Gehaltsanspr. u. 5193 an die Geschäftsst. dieses Blattes erbeten. Portofolien werden auch im Falle des Nichtengangs erbeten.

Gesucht per 1. April d. J. für Landhaushalt 15218

perfekte Köchin,
erfahren in seiner u. einfacher Küche. Backn. Einmachen u. Einschlachten. Offerten mit Zeugnisabdr. u. Bild erbeten. **Gräfin von Einziedel**, Schloss Malow-Gau, Post Breslau, Kreis Szamotuly.

Seit länger als 30 Jahren eingeführt.

Erzeugnisse warmer Destillation.

Die besten Liköre

ANISETTE (weiss)
MOCCA (weiss)
CACAO (gelb)

am meisten verbreitet.

B. Kasprowicz w Gnieźnie

Zürcher

Kaufmann oder Techniker

aus der Maschinenbranche, firm in der gesamten Vor- und Nachalkulation, zum baldigen Antritt gesucht. Ausführliche Angebote mit Zeugnisschriften und Gehaltsansprüchen an

Maschinenfabrik A. Horstmann, Starogard (Pomorze).

Nach Duprenzen sucht: Deputationsamt m. Hörengärtner, Stellmachers Schmiede usw. Paul Schneider, Stellenvermittler, Poznan, sw. Martin 48. 1513

Achtung, Rückwanderer!
Drei Mühlengrundstücke, niedrige Erntezonen, sofort veräußerb. und beliebbar.

Eine Gastwirtschaft, Ausflugslokal 20 Min. von größerer Industriestadt groß. Saal, dicht an der Oder gelegen, große Räumlichkeiten, ebene Wohnung. 15235

Großes Wohnhaus mit 11 Mrd. Land, dicht am See gelegen. Gebäude gut.

Großgrundstück in Industriestadt m. 2 Wohnhäusern eignet sich zu jedem Geschäft, viel Stallungen vorhanden. Sämtliche Grundstücke sind sofort beziehbar. Schreiben zwielos. Sofort kommen. Aus-

funft **Paul Linke**, Bergmühle, Bobrownik, Kreis Giżycko in Schlesien.

2 Gaslocher, 1 Paar braune Schuhe, Wedgläufe, Wolle u. a. zu verkaufen. Nürnberg. 15234 ulica Wroniecka 191.

Trumeau mit Marmorplatte, 240 cm hoch, zu verkaufen. Zu ertragen im Restaurant, Kreis Leszczynski 16. 15239

Beck Wolfshunde, Hund u. Hündin, 14 w. alt. Becker, Tarnowo, Poznań. 15245

2 zahme Rehböcke, ½ Jahr alt, für Viehabber hat abzugeben. Zu erfragen bei Hoffmann, Poznań, ulica Pawła 11, parterre.

Gänseseder

find sofort zu verkaufen. Antragen u. E. 5. 5246 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Habe 2. Bir prima

Sommer-Cervelatwurst,

schnellzeitig, abzugeben. Bitte um Angebote. Victor Gaßlisch, Wurstfabrikant, Bojanowo. 15201

Wohnungen

Junge Dame sucht Möbl. Zimmer, wenn möglich, im Zentrum der Stadt. Off. u. E. 5. 5233 an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Für einen elternlosen jungen

Mädchen, der in Posen Beschäftigung hat, wird für sofort an bruchsloses

Quartier gesucht,

wo er sich zuhause fühlen kann. Gest. Angebote unter "Heimat" 5212 an die Geschäftsst. d. Blattes erb.

Repositorien

für Eisenwarenhändler, Fabrikatur Grawa Otto

Stelle, Glasschränke, Glasladentische, Schreibensetzung mit Glassplatten, Stahl-eisen-Lagergerüste preiswert zu verkaufen. 15269

Carl Braun, Wielen.

herrenzimmer, eiemann und

modern mit

für W. 5111 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

PALACOWY Teatr
plac Wolności Nr. 6.

Von Montag täglich:
Das Schicksal rückt sich.
Ein ruhendes Ene-Drama in 5 gr. Akten.
In der Hauptrolle Mozzuchin, der König des Ekra und seine wunderschöne Partnerin Lisienko.

Selma, Handwerker eigenes Heim. 44 J. evgl. m. 4 Kindern im Alter von 12 bis 18 J. sucht passendes Lebensgefährlein. Damen ohne Anhang (Handwirtschäfer bevorzugt) wollen sich meiden mit Karierung der Brüderlinie u. a. 5240 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Kirchennotizen.
St. Petrikirche. (Evangel. Unitätsgemeinde.) Sonnabend 6: Wochenschlußgottesdienst. Haupts. Sonntag, 10: Gottesdienst. Schneider. — 11½: Kinder-gottesdienst. Schneider. — Mittwoch Bibelinterpretation. Haupts. — Am Sonntag Schneider.

St. Paulikirche. Sonntag, 10: Pred. Staemmler. 11½: Kinderg. St. Stuhlmann. Mittwoch, 6: Bibelstunde. Staemmler. — Am Sonntag: St. Pauliana.

Ev.-luth. Kirche, Ulica Ogrodowa 8 (früher Gartenstraße). Sonntag, 10: Pred. Jungermann. — 11½: Christ. J. Jungermann. — 6: Jünglingsver. i. Verein. St. Lukaskirche. Sonntag, 10: Pred. Büchner. 12: Kinder-der. — Christuskirche. Sonntag, 10: Go. Rhode. 11: Bielek u. Abend. Dienstag, 11½: Kinder-der. Drei. — Mittwoch, 6: Bibelstunde. Drei. — Donnerstag, 8: Jünglingsver. — St. Matthäi-Kirche. Sonntag, bei strenger Kälte im geheizten Saal. 10: Go. — 11: Kinder-der. — Freitag, 4½: Zusammenf. d. Frauenhilfe. — 6: Bibelst. Brummad. — Saffenheim. Sonntag, 10½: Go. Kapelle der Diakonissenanstalt. Sonntag, 10: Go. Sarow.

Christl. Verband junger Mädchen. Sonntag, 4: Besamml. im Diakonissen.

Ev. Verein junger Männer. Sonntag, 6: Ich blos vorriss. Heimatblatt aus d. Pol. Lande. 8: Abendand.

Montag, 7½: Blaen. — Mittwoch, 7: Bibelst. 8: Vepr.-Abd. — Donnerstag, 7½: Blaen. — Sonnabend, 8: Politisch.

Repositorien für Eisenwarenhändler, Fabrikatur Grawa Otto

Stelle, Glasschränke, Glasladentische, Schreibensetzung mit Glassplatten, Stahl-eisen-Lagergerüste preiswert zu verkaufen. 15269

Carl Braun, Wielen.